

## **Stellungnahme der Fraktion der AfD zum Grundsatzprogramm „Jugend im Landtag“**

Die Fraktion der AfD im Landtag Mecklenburg-Vorpommern dankt Ihnen für die Möglichkeit, zum Grundsatzprogramm „Jugend im Landtag 2018“ Stellung nehmen zu können und kommt dieser Bitte gerne nach.

Generell fehlt dem Grundsatzprogramm ein wenig die Spritzigkeit und Verrücktheit der Jugend und der Mut, in einigen Themenbereichen eine echte Utopie zu entwickeln. Die Jugendlichen in unserem Land sollten sich mehr zutrauen und ihrer Kreativität Freiraum lassen. So liest sich das Grundsatzprogramm trocken und konterkariert das diesjährige Motto. Uns fehlt hier das Chaos in der Ordnung.

So werden Themen aufgegriffen, die Landesregierung und Opposition per se begleiten. Es mag nicht ausgeschlossen sein, aber unwahrscheinlich, dass sich Jugendliche mit der Materie der Straßenausbaubeiträge befassen, selbst wenn dies ein aktuelles Thema in MV ist. Es fehlen nur noch die Themen Windenergie, A 20 und Kita-Beiträge und die Inhalte des Grundsatzprogramms entsprechen einer handelsüblichen Landtagssitzung.

Den Bereich der Digitalisierung anzusprechen, ist vollkommen nachvollziehbar und zeigt: Sie beschäftigt alle Menschen im Land, ob jung oder alt.

Generell teilt die Fraktion der AfD den Wunsch der Jugendlichen nach einem spürbar beschleunigten Ausbau von digitaler Infrastruktur. Entgegen allen Unkenrufen ist das Internet kein „Neuland“ und hat sich flächendeckend durchgesetzt: Mecklenburg-Vorpommern darf den Anschluss nicht verlieren und sollte eigene neuartige Strategien entwickeln. Die Hoffnung ruht hier bei den Jugendlichen im Land. Denn warum sollten Start-Ups allein Berlin oder Hamburg vorbehalten sein? An mangelnder Kreativität kann es nicht liegen.

Nur eine Frage hätten wir in diesem Zusammenhang: Werden nun 50 MBit/s oder 100 MBit/s gefordert? Im Programm steht beides und wir müssen doch wissen, was genau gefordert wird. Sonst gibt es am Ende lange Gesichter, weil wir flächendeckend „nur“ die langsamen Leitungen verbaut haben.

Die Forderung nach einem Ausbau des ÖPNV im ländlichen Raum begrüßen und unterstützen wir. Einen generell kostenlosen Nahverkehr müssen wir mit Blick auf die Finanzierung jedoch ablehnen. Die garantierte kostenfreie Beförderung der Jugendlichen zumindest erst einmal bis zur Schule ist dringend geboten und findet sich dementsprechend in unserem Wahlprogramm wieder. Über weitergehende Konzepte, wie die Schülerbeförderung in Mecklenburg-Vorpommern gestaltet werden kann, stehen wir gerne für Gespräche zur Verfügung.

In einigen weiteren Punkten verstehen wir den Gedankengang der Jugendlichen, müssen die Wünsche jedoch ablehnen. Etwa die Einrichtung eines Landesbeauftragten für Medienbildung (S. 4), der Durchführung eines jährlichen Bildungsprojektes oder die Jugend-Informationsbüros (S. 9.,10.). Dies bedeutet schlicht die Schaffung weiterer Posten und eine damit verbundene weiter ausufernde Bürokratie. Der Wunsch nach derlei Posten ist verständlich, denkt man doch schnell, durch die Institutionalisierung werde der Missstand behoben. In der Regel trifft dies jedoch nicht zu. Sofern bestehende Projekte durch bestehende Förderungen unzureichend finanziert werden, sind wir gerne bereit, mit den Jugendlichen die Ursachen zu erforschen.

Der Forderung nach einem Hauptfach Politik/Sachkunde zulasten der MINT-Fächer stehen wir skeptisch gegenüber. Aus unserer Sicht gilt, dass eine grundsätzliche Ausbildung in Sprache und

Naturwissenschaft an der Schule Vorrang haben muss. Der postulierte Misstand eines „mangelhaften Demokratieverständnisses“ wird unseres Erachtens damit nicht behoben und die Veranstaltung „Jugend im Landtag“ rückt sich zu Unrecht in schlechtes Licht.

Eine achtzehnjährige Erfolgsgeschichte deutet nicht auf ein mangelndes Verständnis von Demokratie und Teilhabe bei unseren Jugendlichen im Land hin.

Zur auf Seite Neun erwähnten „Hierarchie“ hätten wir eine Frage. Von welcher Hierarchie und deren Missbrauch ist hier die Rede? Schule ist per se ein Hierarchiegefälle, da es in Deutschland die Schulpflicht gibt. Dass zwischen Lehrer und Schüler ein Gefälle bestehen muss, sollte einleuchten. Schule kann Spaß machen, oft genug tut sie es nicht. Sofern ein Lehrer Gefälligkeiten für bessere Noten verlangt, ist er nicht mehr lange Lehrer. Oder ist hier das reine Binnenverhältnis zwischen Schüler(-gruppen) gemeint? Es wird immer den „nickelbebrillten Streber“ geben, den keiner mag, aber jeder für die Hausaufgaben braucht, und die Meinungsstarken ohne Ahnung, mit denen jeder befreundet sein will. Dies abzuschaffen, wäre Gleichmacherei im Sinne von „Schöne neue Welt“ eines Aldous Huxley und wird abgelehnt.

Dem Wunsch nach Ausbau der Deutsch-Polnischen Freundschaft, mit Schwerpunkt Jugendaustausch auf Seite 13, können wir noch folgen. Dass Mecklenburg-Vorpommern sich jedoch in Gleichstellungs- und Lebensweisenpolitik eines anderen Staates einmischt, nicht. Zu den folgenden Zukunftsvisionen haben wir als AfD eine abweichende Meinung: Frühsexualisierung, Aufweichen des Asylgrunds sowie die Erweiterung des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz um „sexuelle Identität und Orientierung“, Abschaffung der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir als AfD kategorisch ab.

Was wir definitiv befürworten, ist die Vermittlung von Medienkompetenz durch die Lehrer. Der logische Schluss, dass diese im Lehramtsstudium ihrerseits für den verantwortungsvollen Umgang mit Chancen und Risiken der medialen Nutzung sensibilisiert werden, teilen wir. Daher erschließt sich uns auch der Wunsch nach einer entsprechenden Ausstattung der Schulen mit notwendiger Hardware. Wir geben allerdings zu bedenken, dass sich nicht alles durch die Anschaffung von Technik lösen lässt. In den letzten Haushaltsverhandlungen beantragten wir Geld für ein entsprechendes Konzept.

Dass bei der Einflechtung der Digitalisierung die Lehrpläne entsprechend der Forderung im Grundsatzprogramm überprüft und gegebenenfalls entschlackt und gestrafft werden, können wir teilen. Verschlinkung darf jedoch nicht mit „Abwahl von Fächern“ gleichgesetzt werden.

Ebenso teilen wir den Wunsch nach kleineren Klassen. Einen entsprechenden Antrag haben wir im Landtag eingereicht. Demnach sollte die Klassengröße bei maximal 27 Schülern gedeckelt werden. Dies wäre ein erster Schritt gewesen. Die hier auftauchende Forderung nach 18 Schülern pro Klasse wäre ein wirklich utopisches Ziel, das wir als nicht realisierbar ansehen. Die Gründe dafür wären etwa: In Mecklenburg-Vorpommern ist die Abbruchquote im Lehramtsstudium unglaublich hoch, es fehlen bereits jetzt Lehrer und in den nächsten Jahren wird der Mangel eher zu- als abnehmen und über die Personalkosten haben wir noch gar nicht gesprochen. Bei der aktuellen Personalpolitik des Landes sehen wir eher schwarz.

Gewundert hat uns, dass die im Anhang des Grundsatzprogramms erwähnten Visionen nach 18 Schülern pro Klasse und Asyl für jede LSBTI\*-Person als nicht mehrheitlich dargestellt werden, sich jedoch wortgleich (bei LSBTI\*) auf Seite 15 und 19 wiederfinden. Da gemeinsames Lernen und G9 keinen Eingang in den Hauptteil fanden, ist die Frage erlaubt: Warum gerade diese beiden Forderungen?

Abschließend möchte die Fraktion der AfD nochmals den Jugendlichen für die Möglichkeit der Stellungnahme danken.

Wie die Jugendlichen sicher wissen und hier dezidiert nachlesen können, stimmen wir in den jeweiligen Forderungen nicht immer überein. Sei es bedingt durch die politische Verortung, Lebenserfahrung oder (leidige) Sachzwänge: Dennoch gehören der Widerspruch und das Aushalten desselben zum Wesen einer Demokratie. Die Bereitschaft von „Jugend im Landtag“, den Kontakt und nicht den Konflikt mit der AfD zu suchen, zeigt, dass die Jugendlichen in unserem Land dies begriffen haben und vorleben.

Die postulierte Demokratiemüdigkeit spürt man in diesem Fall nicht und somit gratuliert die Fraktion der AfD noch einmal nachträglich zum 18. Geburtstag und der „Volljährigkeit“. Wir wünschen der „Jugend im Landtag“, dass ihr im erwachsenen Alter nicht die Puste ausgeht und sie jährlich „Chaos in die Ordnung“ bringt.